



SBPV DV 2021, Lugano, 10. September 2021

103. nationale Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bankpersonalverbandes

Die 103. nationale Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bankpersonalverbandes fand am Freitag, 10. September 2021 in Lugano und damit zum zweiten Mal im Tessin statt.

Nach statutarischen Formalitäten am Vormittag wurde am Nachmittag die Entwicklung des Arbeitsmarktes der Branche intensiv diskutiert.

Mit den Ergebnissen einer durch den SBPV im Frühjahr 2021 durchgeführten Umfrage zu den Themen dieser Verhandlungen zeigten sich die Delegierten einverstanden. Arbeitsmarktfähigkeit, auch in Bezug auf das tendenziell steigende Rentenalter, neue Arbeitsformen wie Flex-Work, Remote-Work und Lohnpolitik mit den Punkten Boni und Familienzulagen sind die Themen, welche die Mitarbeitenden der Finanzbranche zentral beschäftigen. Im Anschluss an die Auswertung der Umfrage vergab der SBPV einen Auftrag für eine Studie zum Thema «Prognose Arbeitsplatz Banken 2030» an die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). Die Studie wird aufzeigen, welche psychologisch relevanten Chancen und Risiken für Beschäftigte mit aktuellen Entwicklungen der Arbeitsorganisation in Banken verbunden sind. Diese Erkenntnisse sollen genutzt werden, um Schlussfolgerungen für die zukünftige Gestaltung der Arbeitsbedingungen abzuleiten.

Unterstützt von zwei Arbeitspsychologen der FHNW erörterten die Delegierten des SBPV gemeinsam mit den beiden neuen Geschäftsführerinnen Natalia Ferrara und Anne-Wienke Palm und dem Verbandspräsidenten Michael von Felten die Positionierung und die Verhandlungsfelder für die Anfang 2022 anstehenden Verhandlungen zu Anpassungen der Vereinbarung über die Anstellungsbedingungen der Bankangestellten (VAB), dem Gesamtarbeitsvertrag der Branche*.

Die Juristin Natalia Ferrara, welche die Verhandlungsdelegation seitens SBPV anführen wird, betonte die Bedeutung der Sozialpartnerschaft und die Wichtigkeit der Suche nach gemeinsamen Lösungen, auch über Krisensituationen hinausgehend. Kontinuierliche Umstrukturierungen in der Finanzbranche erfordern einen Fokus auf die Arbeitsmarktfähigkeit der Arbeitnehmenden, Möglichkeiten zu Weiterbildungen, Umschulungen und gegebenenfalls Unterstützung in einem Branchenwechsel. Der aktuell gültige Gesamtarbeitsvertrag, dem sich die Finanzinstitute noch freiwillig unterstellen, muss in verschiedenen Bereichen ausgebaut und verstärkt werden.

Der Vorstand des SBPV wird nun ein konkretes Forderungspaket erarbeiten, das die Delegation 2022 mit an den Verhandlungstisch bringen wird. Ziel ist es, gemeinsam mit den Sozialpartnern einen den sich entwickelnden Bedingungen der Branche entsprechenden Gesamtarbeitsvertrag zu schaffen.

*Die VAB ist der Gesamtarbeitsvertrag der Finanzbranche. Ihr sind rund 50 Banken unterstellt, die gemeinsam gegen 80'000 Mitarbeitende beschäftigen. Die VAB regelt neben verschiedenen arbeitsrechtlichen Bestimmungen (Arbeitszeit, Ferien und Freizeit, Lohn, Kündigungsbestimmungen etc.) auch die Mitwirkung der Mitarbeitenden, Personalkommissionen und Sozialpartner sowie Massnahmen bei Fusionen und Restrukturierungen.